

# Kinderbetreuung ist Schlüssel für Geburtenrate

Konferenz in Wien beschäftigt sich mit Strategien, die demografische Entwicklung in der EU anzukurbeln

VON MARGARETHA KOPEINIG

Die Deutschen müssen sich darauf einstellen, länger zu arbeiten.

Sozialminister Franz Muntefering (SPD) ist es gelungen, das gesetzliche Pensionsalter schrittweise bis 2029 von 65 auf 67 Jahre anzuheben.

Wie in fast allen EU-Staaten, sind für die Pensionsreform in Deutschland mehrere Gründe ausschlaggebend: Eine stagnierende demografische Entwicklung, eine immer älter werdende Bevölkerung, ein sich verschlechterndes Verhältnis zwischen Pensionsempfängern und Beitragszahlern sowie leere Kassen. „Die Lebenserwartung steigt in der EU pro Jahrzehnt um ein Jahr“, weiß Michael Fuchs vom Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung.

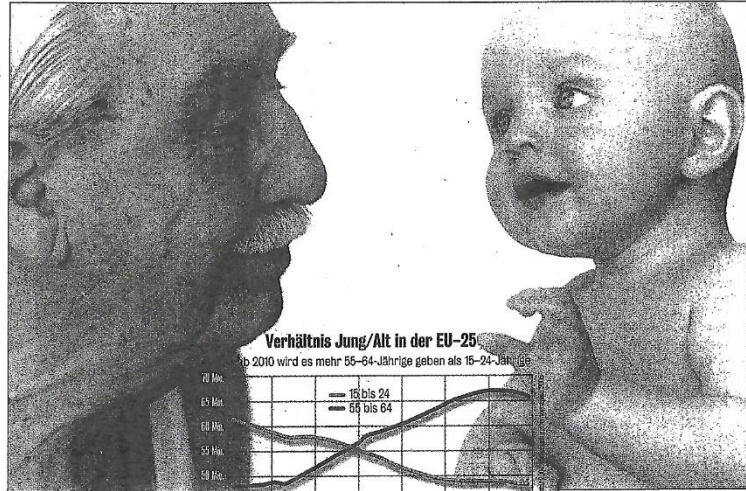
In Deutschland lag die Geburtenrate 2004 statistisch bei 1,3 Kindern pro Frau, in Österreich bei 1,4. Höher ist

sie in Finnland (1,8) und in Frankreich (1,9). Die Fruchtbarkeitsrate liegt in allen EU-Staaten unter der für die Erneuerung einer Generation nötigen Schwelle von 2,1 Kindern pro Frau.

„Der Schlüssel, die Geburtenraten zu erhöhen, ist die Kinderbetreuung“, sagte die finnische Sozial-Staatssekretärin Leila Kostialainen anlässlich der Konferenz *Demografische Herausforderungen* in der Wiener Hofburg. „In Finnland hat jedes Kind bis zum 7. Lebensjahr das Recht auf einen ganztägigen Be-

treuungsplatz. Die Kosten sind sozial gestaffelt und reichen bis 200 Euro“, erklärte Kostialainen dem KURIER. In Österreich gibt es für unter Dreijährige eine Betreuungsquote von zwölf Prozent. EU-Ziel bis 2010 sind 33 Prozent.

Mit flächendeckender Kinderbetreuung und gleicher Entlohnung können Frauen in Finnland nach der Geburt rasch wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden.



Auch wenn die EU weibliche Erwerbstätigkeit forciert, drohen der Union die Arbeitskräfte auszugehen. 2030 fehlen in der EU über 20 Millionen Arbeitnehmer. Dieses Defizit will die EU-Kommission mit kontrollierter Zuwanderung lösen. Beim EU-Frühjahrs Gipfel soll ein Programm zur Bewältigung des demografischen Wandels

präsentiert werden. Gastgeberin der Konferenz Sozialministerin Ursula Haubner (BZÖ) meinte, dass Zuwanderung langfristig kein probates Mittel sei. Für den britischen Staatssekretär für Beschäftigung,

Gerry Sutcliffe, ist Zuwanderung national zu regeln. Das Vereinigte Königreich würde gerade ein Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Familie einführen. Keinen Zweifel ließ Sutcliffe jedoch daran, dass es nicht nur

Die Schere zwischen Jung und Alt geht ab 2010 immer weiter auseinander

auf Gesetze, sondern auf Wachstum und die Arbeitgeber ankäme, welche Chancen Frauen hätten.

BERLINER  
http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/text/triserv/stelade/com/2005com2005\_0094de01.pdf

## Pensionsalter in der EU

● Gesetzliches Pensionsalter  
● Tatsächliches Pensionsalter

	Männer		Frauen	
Irland	63,4	65	63,1	65
Schweden	63,9	65	62,5	65
Großbrit.	62,9	65	62,4	65
Dänemark	62,6	65	62,3	65
Spanien	61,8	65	61,8	65
Deutschl.	61,4	67*	61,1	67*
Portugal	61,2	65	61,1	65
Niederlande	61,1	65	60,9	65
Italien	60,9	65	60,8	65
Griechenl.	60,3	65	60,3	65
Finnland	60,2	65	60,2	65
Polen	60,0	65	59,6	65
Österreich	59,4	65	59,7	62
Belgien	59,1	65	57,0	62
Luxemburg		65		62
Zypern		65		61
Estland		63		61,4
Slowenien		63		61,0
Litauen		62+6		60
Ungarn	60,3	62	60,2	60
Slowakei	60,3	62	59,9	60
Lettland		62		60
Tschechien	61,3	61+6		60
Malta		61		59+6
Frankreich	59,4	60		59+6

\* Großbritannien – 2010–2020 stufenweise Anhebung auf 65 Jahre  
Lettland – Seit 2004 stufenweise Anhebung auf 62 Jahre  
Tschechien – Sonderregelungen für Mütter  
Deutschland – ab 2027

Grafik: © APA, Quelle: Eurostat